

Gleichgewicht, Westbindung, Multilateralismus Der NATO-Doppelbeschluss und die Folgen für die deutsch- amerikanische Sicherheitspolitik der 1980er Jahre*

Andreas Rödder

„Voraussetzung für dies alles war, dass wir durchgestanden haben.“¹ Nicht nur Helmut Kohls Erinnerungen bis heute, auch die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen in den 1980er Jahren waren geprägt von der Kraftprobe des Jahres 1983: der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen gegen massive Proteste und Widerstände in der Bundesrepublik.

Die Stationierung und ihr voran der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 stellten einen Markstein dar: für die Geschichte des Ost-West-Konflikts, für die NATO und für die Bundesrepublik, in ihrem Verhältnis nach außen ebenso wie nach innen. Dabei überlagern sich unterschiedliche Ebenen zu einem komplexen Problemzusammenhang, der den NATO-Doppelbeschluss und seine Folgen einer einfachen, eindeutigen Einschätzung entzieht. In den letzten Jahren ist zunehmend die These vertreten worden, in den Auseinandersetzungen um die Stationierung sei der Konsens über die nukleare Sicherheit erodiert. Dem entgegen steht die These, dass der Ernstfall der Stationierung die Bündnispartner zusammenzwang und dass bündnispolitische Anforderungen über innenpolitische Widerstände obsiegten. Beides hat Argumente für sich, und beides ist je für sich genommen zu einfach.

Denn die gesamte Sicherheitspolitik im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses war von Dilemmata durchzogen. Eines davon war das „deutsche Nukleardilemma“ (Jeffrey Boutwell), dass nämlich die Bundesrepublik als nuklear bedrohter Nichtkernwaffenstaat auf nuklearen Schutz angewiesen war. Hinzu kamen inhärente Widersprüche des NATO-Doppelbeschlusses, in dem vier verschiedene Motive bzw. Ziele zusammenflossen. Erstens ging es auf militärtechnischer Ebene um die Modernisierung der Theater Nuclear Forces.² Zweitens ging es auf militärstrategischer Ebene um die sogenannte „Ankoppelung“, um die „Sicherheitslücke“ im Eskalationskontinuum zwischen konven-

* Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 3./4. Februar 2014 auf dem Petersberg in Königswinter.

1 Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Bearb. von Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 65). Düsseldorf 2014, 10. Dezember 1984, S. 247.

2 Vgl. Tim Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive. München 2011, S. 95–122, hier S. 96.

tioneller Bewaffnung und atomaren Langstreckenwaffen zu schließen.³ Dass die Sowjetunion gerade im Bereich dieser sogenannten „Grauzone“ seit Mitte der 1970er Jahre in erheblichem Umfang nukleare Mittelstreckenraketen des Typs SS-20 disloziert hatte, führt zum dritten, dem rüstungskontrollpolitischen Aspekt: der Vermeidung bzw. dem Abbau von Disparitäten der atomaren Bewaffnung. Wenn Schmidt und später auch Reagan dabei die Möglichkeit einer doppelten, d. h. beiderseitigen „Null-Lösung“ kommunizierten, d. h. eines vollständigen Verzichts auf eine westliche Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen im Falle des vollständigen sowjetischen Abbaus, dann mochte dies zwar mit dem Text des NATO-Doppelbeschlusses vereinbar sein⁴, nicht aber mit den Zielen der Modernisierung und der „Ankopplung“.

Diese Widersprüche spielten allerdings bei der Beschlussfassung des westlichen Bündnisses im Dezember 1979 nur eine untergeordnete Rolle. Denn nach schweren transatlantischen Auseinandersetzungen der vorausgegangenen Jahre, namentlich dem Desaster um die Neutronenwaffe 1978⁵, lag die „übertragende Bedeutung“⁶ des Brüsseler Beschlusses darin, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der NATO unter Beweis zu stellen. Und so überragte die politische Frage der Bündnissolidarität fortan auch die Fragen militärischer Logik.

Diese groben Striche skizzieren das Problemfeld, in dem sich die bundesdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den späteren 1970er und den 1980er Jahren zu bewegen hatte. Dabei sind mit einiger Abstraktion drei unterschiedliche Grundorientierungen bzw. Prioritätensetzungen zu identifizieren: Gleichgewicht, Bündnissolidarität und Multilateralismus. Für das Gleichgewicht steht Helmut Schmidt, für die Bündnissolidarität Helmut Kohl und für den Multilateralismus Hans-Dietrich Genscher.

I. Gleichgewichtspolitik: Helmut Schmidt

Helmut Schmidt war nicht der Vater des NATO-Doppelbeschlusses, wohl aber ein wichtiger Impulsgeber. Vieles war dabei weniger geplant und verlief weni-

3 Vgl. dazu Helmut Schmidts Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London, 28. Oktober 1977, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 112 vom 8. November 1977, S. 1014f. (auch zum Folgenden).

4 Kommuniqué einer Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts in Brüssel am 12. Dezember 1979, in: Europa-Archiv 2 (1980), D 35–37; das Kommuniqué adressiert als Ziel eine „Begrenzung für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme“.

5 Vgl. dazu Kristina Spohr Readman: Germany and the Politics of the Neutron Bomb, 1975–1979, in: Diplomacy & Statecraft 21 (2010), S. 259–285.

6 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1979, Dok. 373, S. 1893.

ger geradlinig und eindeutig, als die Geschichte von der Londoner Rede Ende Oktober 1977 über den Vierergipfel auf Guadeloupe Anfang 1979 zum NATO-Doppelbeschluss suggerierte.⁷

Schmidts Ansatz war sowohl rüstungskontrollpolitischer als auch militärstrategischer Art. Er zielte auf die „Lücke zwischen den taktischen Nuklearwaffen und den strategischen Nuklearwaffen im Mittelstreckenbereich. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Eskalationsdrohung müsse diese Lücke ausgefüllt werden.“⁸ Dies galt umso mehr, als sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion durch SALT gegenseitig neutralisierten, wie Schmidt vor dem Londoner International Institute for Strategic Studies Ende Oktober 1977 feststellte. Das erhöhe für die Europäer die Bedeutung der konventionellen und der nukleartaktischen „Disparitäten“, die durch die rapide Dislozierung von sowjetischen SS-20 aufgewachsen waren und die es abzubauen gelte.⁹

Schmidt hatte das militärstrategische Problem der „Grauzone“ der atomaren Mittelstreckenwaffen auf die Tagesordnung des westlichen Bündnisses gehievt und es zugleich mit rüstungskontrollpolitischen Zielen verbunden. Mit den Worten von Ministerialdirektor Blech vom Auswärtigen Amt: „Wir wollten [...] beides: Modernisierung und Rüstungskontrolle.“¹⁰

Darüber herrschte Konsens, als James Callaghan, Jimmy Carter, Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt am 5. und 6. Januar 1979 auf Guadeloupe zusammenkamen.¹¹ Guadeloupe war ein Triumph: Als Bundeskanzler der Nichtnuklearmacht Bundesrepublik in dieser Vierer-Runde auf einer Augenhöhe mit den Staats- und Regierungschefs der westlichen Nuklear- und Siegermächte über weltpolitische Fragen zu reden und über nukleare Grundsatzfragen der NATO mitzuentcheiden, signalisierte einen enormen außenpolitischen und internationalen Bedeutungsgewinn für die Bundesrepublik, die mehr und mehr in eine europäische Schlüsselrolle hineinwuchs – und es

-
- 7 Vgl. dazu Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 96–114.
 - 8 Gespräch zwischen Schmidt, Callaghan, Carter und Giscard, 5. Januar 1979, in: AAPD 1979, Dok. 3, S. 17.
 - 9 Helmut Schmidt, Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London, 28. Oktober 1977, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 112 vom 8. November 1977, S. 1014f.
 - 10 Gespräch des Ministerialdirektors Blech mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, in Washington, 12. Oktober 1978, in: AAPD 1978, Dok. 307, S. 1514.
 - 11 Vgl. dazu Kristina Spohr: Helmut Schmidt and the Shaping of Western Security in the Late 1970s: The Guadeloupe Summit of 1979, in: International History Review (Internetveröffentlichung am 25. November 2013, <http://dx.doi.org/10.1080/07075332.2013.836125> (Abruf: 25. Juni 2014).

war ein Triumph für Schmidt persönlich, der seine Rolle offenkundig entsprechend auskostete¹².

Dem Gipfel folgte indessen, wie sich aus der Rückschau zeigt, der Abstieg. Zwar konnte Schmidt im NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 die Verbindung von Modernisierung und Rüstungskontrolle durchsetzen.¹³ „Beides“ zu wollen (Blech) war freilich nicht vereinbar mit einer doppelten Null-Lösung, die Schmidt schon vor dem Doppelbeschluss zu propagieren begann.¹⁴ Mit dieser Inkonsistenz zog sich Schmidt zunehmende Skepsis innerhalb des westlichen Bündnisses zu, als er Anfang der 1980er Jahre verstärkt dazu überging, eine komplexe Gleichgewichtspolitik zwischen den Supermächten zu betreiben.¹⁵

Bereits im Juni 1979 äußerte der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte und spätere US-Außenminister Alexander Haig „seine Besorgnis über die Bedingung der Bundesregierung, keine User-Nation im Zusammenhang mit der LRTNF-Modernisierung zu werden. [...] Wenn Deutschland auf die Mitwirkung als User-Nation verzichte, werde dies letztlich negative Auswirkungen auf die Einheit des Bündnisses haben.“¹⁶ Hatten die Bundesregierungen in den 1960er Jahren auf nukleare Teilhabe gedrängt, um die Westbindung zu vertiefen, so bestand Schmidt offensiv auf dem nichtnuklearen Status der Bundesrepublik, aus gleichgewichtspolitischen Gründen und aus Rücksicht auf die Sowjetunion.

Rücksicht auf die Sowjetunion lag auch Schmidts Insistieren auf der Rüstungskontrolle und der Kommunikation einer möglichen Null-Lösung zugrunde. So – und mit erheblich größeren Reserven als der deutlich bündnisloyaler auftretende Genscher – kommunizierte er auch den NATO-Doppelbeschluss

12 Vgl. die Aufzeichnung von Ruhfus über die erste Gesprächsrunde am 5. Januar 1979 nach Stichworten von Schmidt, in: AAPD 1979, Dok. 2, S. 9: „Bundeskanzler setzte sodann seine Ausführungen über die besondere Lage der Bundesrepublik fort. [...] Diese Ausführungen machten einen nachhaltigen Eindruck. [...] Callaghan: Er höre diese Darlegung zum ersten Mal. Bundeskanzler wies darauf hin, dass er dies Callaghan bereits im Oktober ausführlich dargelegt habe. Auch Präsident Carter schien beeindruckt.“

13 Vgl. Kristina Spohr Readman: Conflict and Cooperation in Intra-Alliance Nuclear Politics. Western Europe, the United States, and the Genesis of the NATO Dual-Track Decision, 1977–1979, in: *Journal of Cold War Studies* 13 (2011), S. 39–89, hier S. 89: „He carved out a middle path that could satisfy both the more hawkish and more dovish spectra of political elites.“

14 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 19. September 1979, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, B 150, Bd. 427 (für diesen Beleg danke ich Andreas Lutsch M.A.).

15 Die folgenden Überlegungen stützen sich auf die Mainzer Dissertation von Andreas Lutsch: Westbindung oder Gleichgewicht? Die nukleare Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zwischen Atomwaffensperrvertrag und NATO-Doppelbeschluss (Mainz 2014).

16 Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig, 18. Juni 1979, in: AAPD 1979, Dok. 178, S. 858f.

nach Osten, etwa im Gespräch mit dem polnischen Außenminister eine Woche nach der Beschlussfassung: „So wie Polen dem Warschauer Pakt angehöre, gehöre die Bundesrepublik zur Atlantischen Allianz. Dies verpflichte zur Loyalität. [...] Wir hätten die von den USA vorgeschlagenen Beschlüsse mitgefasst und hielten sie, wie die Dinge nun einmal gelaufen seien, für unvermeidlich. [...] Im Idealfall, wenn die Sowjetunion einen Teil ihrer SS-20 wieder abrüste, wäre es sogar denkbar, dass nicht stationiert zu werden braucht.“¹⁷

Schmidt versuchte, die deutsch-sowjetischen Kontakte zu intensivieren und auf diese Art eine Vermittlungsdiplomatie in der Tradition von „Westbindung plus Ostverbindungen“¹⁸ zu betreiben, zumal er zunehmend an der amerikanischen Bereitschaft zweifelte, ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen zu betreiben, was er die amerikanische Seite auch in aller Deutlichkeit wissen ließ¹⁹. Ja mehr noch: unverhohlen drohte er, die Bundesrepublik würde nicht zum Doppelbeschluss stehen, wenn die US-Regierung die Genfer Verhandlungen verschleppe.²⁰ Schmidt lavierte zwischen Ankopplung und Rüstungskontrolle, zwischen SPD und NATO, zwischen äußeren Anforderungen und inneren Widerständen, und schließlich zwischen Moskau und Washington.

Dort wiederum wuchsen die Zweifel an der bundesdeutschen Verlässlichkeit.²¹ Für schwere Irritationen sorgten innenpolitisch adressierte Äußerungen Schmidts gegenüber der SPD, die in Washington so verstanden wurden, als schlage Schmidt einen zeitlich befristeten Stationierungsverzicht und ein Einfrisieren des Status quo im Sinne der amerikanischen Freeze-Bewegung vor.²²

17 Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, 19. Dezember 1979, in: AAPD 1979, Dok. 386, S. 1341–1341. Vgl. demgegenüber Genschers Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow, 21. Dezember 1979, in: AAPD 1979, Dok. 388, S. 1950–1952.

18 Werner Link: Die Außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perception des internationalen Bedingungsfeldes, in: Manfred Funke u.a. (Hg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher. Düsseldorf 1987, S. 400–416, hier S. 410.

19 Vgl. das Gespräch Schmidts mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel, 22. Januar 1981, in: AAPD 1981, Dok. 12, S. 70: „Die amerikanische Regierung muss auch den zweiten Teil des Doppelbeschlusses ernst nehmen und dies auch öffentlich zeigen. Wenn die Amerikaner am zweiten Teil festhalten, ist er auch in der Lage, am ersten festzuhalten. Der Doppelbeschluss kann nur in seinen beiden Teilen durchgesetzt werden, nicht nur in einem.“

20 Aufzeichnung von Staden über ein Gespräch Schmidts mit dem amerikanischen Außenminister Haig, 11. April 1981, in: AAPD 1981, Dok. 106, S. 585: „Wir würden zum Doppelbeschluss stehen, es sei denn mit der einzigen Ausnahme, dass die Regierung der Vereinigten Staaten die TNF-Verhandlungen verschleppe.“

21 Vgl. Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, S. 109 und 116.

22 Vgl. AAPD 1980, Dok. 110, Dok. 111, Dok. 113 und Dok. 170, S. 890, Aufzeichnung von Citron: „Der [amerikanische] Präsident fügt hinzu, dass weiterbestehende Unklarheit in

Zum offenen Zerwürfnis²³ geriet die Begegnung zwischen Schmidt und Carter am 22. Juni 1980 in Venedig. „Tief enttäuscht“ warf Schmidt dem amerikanischen Präsidenten vor, er habe ihn „beleidigt“, und inzwischen habe er „selbst Zweifel, ob die amerikanische Seite wirklich verhandeln wolle.“ Man hätte sich kaum gewundert, wenn es mit Carters Sicherheitsberater Brzezinski zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre.²⁴

Nach der Wahl Ronald Reagans wurde der persönliche Umgang wieder etwas ziviler. Die Bundesregierung aber fand sich, in einem zunehmenden inneren Erosionsprozess begriffen, am Rande der westlichen Entscheidungsvorgänge wieder – über den Genfer „Waldspaziergang“ und die dort erdachte Abrüstungsformel vom 16. Juli 1982 wurde sie nicht einmal unterrichtet.²⁵

So zerfällt die Regierungszeit Helmut Schmidts in zwei sehr unterschiedliche Phasen, die beide von einem Primat des Gleichgewichtsdenkens geprägt waren, ohne freilich die Westbindung der Bundesrepublik zur Disposition zu stellen. Eine erste Phase des außergewöhnlichen Bedeutungsgewinns bundesdeutscher Politik innerhalb des westlichen Bündnisses ging nach ihrem Höhepunkt auf Guadeloupe 1979 in eine zweite Phase über, in der eine lavierende Gleichgewichtspolitik zu einem voranschreitenden Bedeutungsverlust und schließlich in eine veritable Isolation führte.

II. Primat der Westbindung und Bündnissolidarität: Helmut Kohl

Was sich nach der Regierungsübernahme Helmut Kohls am 1. Oktober 1982 als allererstes änderte, war der Tonfall. „Bei allen Problemen, die zwischen unseren Ländern bestehen mögen“ – so begrüßte er fünf Tage nach seiner Ernennung den amerikanischen Botschafter –, „kann die amerikanische Regierung davon ausgehen, dass sie es bei dieser Regierung mit Freunden zu tun hat. [...] Sie wird den amerikanischen Freunden ein verlässlicher Partner sein, der nicht wankt.“²⁶

Der persönliche Umgang wurde schlagartig persönlicher, soziabler und zugleich sachlich und analytisch weit weniger dicht. Bündnisloyalität war die Devise, und so modifizierte Kohl die Prämissen der Kommunikation mit der US-Regierung, indem er drei Vorbehalte Schmidts auflöste: Erstens stellte er

dieser zentralen Sicherheitsfrage die Stabilität der Allianz unterminieren würde und schwere Auswirkungen auf die Zukunft des Bündnisses haben könnte.“

23 Vgl. Klaus Wiegrefe: *Das Zerwürfnis: Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*. Berlin 2005, S. 360f.

24 Gesprächsaufzeichnung von Stadens, 22. Juni 1980, in: AAPD 1980, Dok. 182, bes. S. 950, 952 (dort die Zitate) und 956.

25 Vgl. Geiger: *Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*, S. 119.

26 Gespräch Kohls mit dem amerikanischen Botschafter Burns, 6. Oktober 1982, in: AAPD 1982, Dok. 260, S. 1352.

den amerikanischen Verhandlungswillen nicht in Frage. Zweitens, so versicherte er dem amerikanischen Außenminister Shultz gleich im November 1982: „Wenn die INF-Verhandlungen in Genf nicht zu einem konkreten Resultat führten, wenn wir also stationieren müssten, würden wir das tun.“ Und drittens: „Wir würden sogar, wenn es notwendig sei und alle anderen absprächen, allein stationieren.“²⁷ Dabei stand auch für Kohl der Status der Nichtnuklearmacht außer Frage – aber nicht aus gleichgewichtspolitischen Gründen bzw. aus Rücksicht auf die Sowjetunion, sondern aus anderen Gründen: als Ausdruck des Vertrauens in das westliche Bündnis und um einen übermäßigen Positionsgewinn der Bundesrepublik in Westeuropa zu verhindern, zum Zweck also der bundesdeutschen Selbsteinbindung.

Kohl verfügte über ein im Grunde einfaches, aber eben deshalb eindeutiges und funktionsfähiges politisches Koordinatensystem. So verfolgte er in der Stationierungsfrage eine klare und nicht in Zweifel gezogene Argumentation, die sich auch in der internen und der öffentlichen Rede nicht grundlegend unterschied. Kohl verkörperte das Selbstverständnis der westorientiert-antikommunistischen Bundesrepublik in ihrer christdemokratischen Prägung. Die Westbindung war für Kohl existentielle Grundlage und oberster Bezugspunkt seiner Außenpolitik, „der Kernpunkt deutscher Staatsräson.“²⁸ Aus dem Primat der Westbindung folgte, gerade in der wieder aufgeflamnten Ost-West-Krise nach dem Ende der Entspannung, das Postulat der unverbrüchlichen Loyalität zur NATO und insbesondere zu den USA: „Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien, die Freundschaft bekräftigen und stabilisieren“, bekannte Kohl nicht nur gegen die von Schmidt abgefallene SPD, sondern auch gegenüber der Ost-West-Diplomatie seines Vorgängers am Ende seiner Kanzlerschaft²⁹, die ihm ebenso fremd blieb wie Schmidts nüchterne Skepsis gegenüber der US-Regierung³⁰.

Zwar war auch Kohl bewusst: „Die Amerikaner machen ihre Interessenlage, und wir machen unsere Interessenlage.“³¹ Trotz mancher operativer Unterschiede aber war er von der grundsätzlichen Identität der deutschen und der amerikanischen bzw. atlantischen Sicherheitsinteressen überzeugt.

27 Aufzeichnung Pfeffers über ein Gespräch Kohls mit Shultz am 16. November 1982, in: AAPD 1982, Dok. 309, S. 1611.

28 Regierungserklärung Kohls vom 13. Oktober 1982, in: Verhandlungen des Bundestages, 9. WP, Stenographische Berichte Bd. 122, S. 7220 (dort auch das nächste Zitat).

29 Vgl. Kohls Äußerungen in den Fraktionssitzungen am 26. April und am 7. Juni 1983, in: Archiv für Christliche Demokratische Politik (ACDP) 08-001-1070/2, 10/3, S. 28, und 10/7, S. 15.

30 Vgl. Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000. Stuttgart 2001, S. 290; Wiegrefe: Das Zerwürfnis, S. 376–379; Hartmut Soell: Helmut Schmidt. Bd. 2: 1969 bis heute: Macht und Verantwortung. München 2008, S. 751–761.

31 Kohl gegenüber der Fraktion am 6. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/10, S. 11.

Bedingungslos unterstützte Kohl die Regierung Reagan und ihre Verhandlungen in Genf, wobei er immer wieder mahndend darauf drängte, „psychologisch geschickt“ zu handeln und eine konstruktive Verhandlungsposition einzunehmen³², um die „Propagandaschlacht um die Stationierung“³³ auch politisch zu überstehen. Als die Verhandlungen dann auf ihr absehbares Scheitern zuliefen, ließ die Unionsführung keine öffentliche Kritik an der amerikanischen Verhandlungsführung aufkommen und schwor stattdessen ihre politischen Truppen ein: „Wir haben nicht den geringsten Grund, etwa den Vorwurf einzustecken und hinzunehmen, dass die Amerikaner nicht seriös verhandeln.“³⁴

Diese Loyalität ist freilich nicht mit einer unreflektierten Nibelungentreue zu verwechseln – Kohl warnte vor anbiederndem Pro-Amerikanismus und unterschied „Freundschaft“ von „Gefolgschaft“³⁵. Kohls Loyalität war, auf normativ-ideologischer Grundlage beruhend, interessengeleitete Realpolitik, und sie beruhte auf der realistischen Einsicht, dass die Bundesrepublik als abhängige Mittelmacht im Staatensystem politisch nur dann handlungsfähig war, wenn sie sich in Übereinstimmung mit ihren Bündnispartnern befand. Internationale Isolierung hingegen engte ihre Spielräume nachhaltig ein³⁶. Mit Kohls Worten: „[D]eutsche Interessen wahrzunehmen heißt, diese Interessen möglichst identisch mit den Interessen der Allianz zu machen.“³⁷

Kohl sah seine Aufgabe darin, die bundesdeutsche Außenpolitik auf dem Kurs des westlichen Geleitzuges im „zweiten Kalten Krieg“³⁸ zu halten. Die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen geschehe nicht aus „Hurra-

32 Bericht über das Gespräch Kohls mit Botschafter Nitze am 5. September 1983, in: AAPD 1983, Dok. 252, S. 1280; vgl. auch den Brief Kohls an Reagan, 15. September 1983, in: AAPD 1983, Dok. 267, S. 1338–1340.

33 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 345.

34 Kohl vor der Fraktion am 8. November 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/15, S. 21; vgl. auch Dreggers Äußerungen vor der Fraktion am 27. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/12, S. 6.; vgl. auch Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, 25. April 1983, S. 84 („Am guten Willen dieses Mannes [R. Reagan] in Sachen Abrüstung kann man nicht zweifeln.“) und 13. Juni 1983, S. 105f. Vgl. auch den Bericht des Botschafters Ruth vom 29. August 1983, in: AAPD 1983, Dok. 244, S. 1246.

35 Kohl vor der Fraktion am 8. November und am 6. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/15, S. 25, und 10/10, S. 11. Vgl. dazu auch Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 395 (26. Januar 1986): „Die Amerikaner haben ja auch ein Denken, was man in einem bösen Wort als ‚Yankeetum‘ zusammengefasst hat und was man gelegentlich auch in der internationalen Politik wie in der Geschäftswelt kennenlernt. Die Amerikaner erwarten von uns, dass wir unsere Interessen wahrnehmen, und genau das müssen wir tun.“

36 Zur Unterscheidung zwischen autonomen und strukturell abhängigen Mitgliedern des Staatensystems vgl. Haftendorn: Deutsche Außenpolitik, S. 13; vgl. auch Andreas Rödder: Westbindung und transatlantische Allianz – ein Relikt des Kalten Krieges?, in: Thomas Hertfelder/Andreas Rödder (Hg.): Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion? Göttingen 2007, S. 139–154, insbes. S. 143–148.

37 Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 82 (25. April 1983).

38 Fred Halliday: The Making of the Second Cold War. London 1983.

Patriotismus“, sondern als „bittere Pflicht“³⁹, als bundesdeutscher Beitrag zur Geschlossenheit des Westens. Es ging ihm zuallererst um Berechenbarkeit – „eines der wichtigsten Güter“ in der Außenpolitik⁴⁰ – und Verlässlichkeit der Westdeutschen, denen von außen die Frage gestellt werde: „Steht Ihr, oder steht Ihr nicht?“⁴¹ – *Tertium non datur*. Solche komplexitätsreduzierten und zugleich suggestiven Dichotomisierungen waren typisch für Kohls Argumentation.

Dichotomisch war auch Kohls Auffassung der Staatenwelt, die dem „klaren Schwarzweiß-Raster des Kalten Krieges“ folgte. Dies manifestierte sich in einem Bild des Kreml, dessen ungebrochenes Ziel auf Unionsseite – wenn auch in unterschiedlich drastischer Ausprägung – darin gesehen wurde, „die Hegemonie über Europa zu gewinnen.“⁴² Kohl ging davon aus, die „sowjetische Politik sei primär russische Großmachtpolitik, die durch die kommunistische Ideologie noch verstärkt werde.“⁴³ Dabei ließ er sich von einer realistischen Sichtweise leiten, wenn er davon ausging, „dass die Sowjetunion dann, wenn sie sieht, die Deutschen stationieren, [...] bereit sein wird, einen Schritt zu tun“⁴⁴. Das war die Hoffnung, als die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen im Jahr 1983 immer näher rückte.

III. Multilateralismus: Hans-Dietrich Genscher

Gegenüber dem Motiv der Bündnissolidarität war das Element der Rüstungskontrollpolitik für Kohl und für die Unionsparteien von nachrangigem Interesse⁴⁵, wie überhaupt weiter reichende konzeptionelle Perspektiven und Szenarien des internationalen Wandels keine Rolle spielten. Hier lag der zentrale Unterschied zur FDP, der einstweilen allerdings nicht zum Tragen kam. In der sozial-liberalen Koalition hatte sich Genscher im Gegensatz zu Schmidts Ver-

39 Kohl in der Fraktionssitzung vom 6. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/10, S. 10.

40 Kohl in der Fraktionssitzung vom 11. Dezember 1984, in: ACDP 08-001-1073/1, 10/52, S. 8.

41 Kohl gegenüber der Fraktion am 27. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/12, S. 18.

42 Alfred Dregger in der Fraktionssitzung vom 6. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/10, S. 4.

43 Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Kohl und Reagan am 15. November 1982, in: AAPD 1982, Dok. 306, S. 1598.

44 Kohl vor der Fraktion, 26. April 1983, in: ACDP 08-001-1070/2, 10/3, S. 27; vgl. auch seine Äußerungen in der Fraktionssitzung vom 6. September 1983, in: ACDP 08-001-1071/1, 10/10, S. 21; vgl. auch Kohl: *Berichte zur Lage 1982–1989*, S. 119 (5. September 1983).

45 Vgl. Stefan Fröhlich: „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung. Paderborn 2001, S. 140.

mittlungsdiplomatie als der bündnisloyale Part gegenüber den USA gezeigt und darin mit der Union übereingestimmt. Nach dem Regierungswechsel gerieten die Freien Demokraten dann in einen politischen Überlebenskampf, zumal sich Teile des linken Flügels von der Partei abspalteten und zur SPD übertraten, so dass die Sicherheitspolitik bis Ende 1982 zunächst kein vorrangiges Thema für die Liberalen darstellte.

Nach den Bundestagswahlen vom 6. März 1983 allerdings entspann sich innerhalb der geschrumpften Fraktion eine deutlich regere und kritischere Debatte, als es in der Unionsfraktion der Fall war.⁴⁶ Die FDP sah sich dabei als die eigentliche Partei des NATO-Doppelbeschlusses.

Mit ihrem Bekenntnis zu Entspannung und ostpolitischer Kontinuität sowie zum NATO-Doppelbeschluss in beiden Teilen positionierten sich die Liberalen programmatisch zwischen Unionsparteien und Sozialdemokraten. Von der Union unterschied sie dabei, dass ihr Rüstungskontrolle als eigener Wert und als autonomes Ziel galt, nicht nur als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik. Als sich die bevorstehende Stationierung abzeichnete, betonten die Liberalen daher auch stets den rüstungskontrollpolitischen Teil des Doppelbeschlusses, den sie in den Kontext der allgemeinen Verhandlungsinitiativen von der KSZE über START bis zur MBFR einbetteten.

Bündnisloyalität als Beweis für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der deutschen Außenpolitik spielte dabei auch auf liberaler Seite eine Rolle.⁴⁷ Allerdings besaß das Moment der Bündnissolidarität für die Liberalen nicht in dem Maße einen Eigenwert, wie dies auf Seiten der Union der Fall war. Schließlich nahmen die Freien Demokraten die Stationierung notgedrungen, aber als stets reversibel hin: „Jede Rakete, die stationiert wird, kann beseitigt werden, wenn es zu einem konkreten Verhandlungsergebnis kommt, das dies zulässt.“⁴⁸

Wenn die Liberalen die nukleare Abschreckung akzeptierten, dann als Transitorium: Genscher etwa betonte vor der Fraktion, dass die Bündnisstrategie zwar „den Frieden gesichert habe, Abschreckung aber nicht die letzte Antwort sein, jedoch abgelöst werden könne, wenn [ein] entsprechendes System des

46 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vom 10. Oktober 1983, in: AAPD 1983, Dok. 296.

47 Vgl. Genscher auf dem 34. Bundesparteitag der FDP am 18./19. November 1983 in Karlsruhe (Anträge, Änderungsanträge, Dringlichkeitsanträge, Beschlüsse, Reden), S. 18; vgl. auch sein Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk (SDR, in: fdk [freie demokratische korrespondenz] Nr. 180 vom 30. Oktober 1982, S. 2, sowie NATO-Brief 3/4 (1983) vom 4. November 1983, S. 3ff.).

48 Genscher auf dem 34. Bundesparteitag der FDP am 18./19. November 1983 in Karlsruhe (Anträge, Änderungsanträge, Dringlichkeitsanträge, Beschlüsse, Reden), S. 18.

Vertrauens errichtet sei. In diese Richtung müssen wir unsere Außenpolitik fortentwickeln.“⁴⁹

Multilateralismus und Vertrauen, das waren die Elemente einer neuen Ordnung, die perspektivisch an die Stelle der Bipolarität des Kalten Krieges treten sollte. Genscher verfolgte damit einen eigenen Ansatz, der weder auf Kohls Primat der Westbindung noch auf Schmidts asymmetrische Gleichgewichtspolitik noch etwa auf Egon Bahrs Ideen einer Konvergenz der Systeme setzte, sondern vor allem auf die multilaterale Organisation der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.⁵⁰ Für einen Moment blitzte diese Konzeption Anfang 1990 im Prozess der deutschen Wiedervereinigung auf, als es um die Frage einer europäischen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges ging.⁵¹ Genscher stieß damit freilich auf ebenso große Ablehnung in Washington wie es in den späteren 1980er Jahren der Fall war, als er sich auf die neuen Möglichkeiten im Zeitalter der Reformpolitik Gorbatschows einließ.

In den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1983 kamen solche grundsätzlichen Differenzen zunächst nicht zum Tragen. Zwischen den Koalitionspartnern herrschte Einigkeit über die Unausweichlichkeit der Stationierung, die zugleich einen innenpolitischen Kraftakt darstellte.⁵² Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen im Herbst 1983. Vom 15. bis 22. Oktober veranstaltete die Friedensbewegung ihre „Aktionswoche“, die am 22. Oktober mit der Massendemonstration im Bonner Hofgarten, mit weiteren Großveranstaltungen und einer Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm endete. Die endgültige politische Entscheidung über den Vollzug der Stationierung fiel gut vier Wochen später im Deutschen Bundestag; voraus gingen ihr Parteitage der CSU, der FDP, der Grünen und insbesondere der Sonderpartei der SPD, auf dem nur noch 13 weitere Delegierte – gegen 400 – mit Helmut Schmidt stimmten. Der Bundestag hingegen unterstützte am 22. No-

49 Protokoll der Fraktionssitzung vom 20. November 1983, in: Archiv des Liberalismus A41–79, S. 4.

50 Vgl. dazu Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn 2012, S. 159–166 (allerdings mit S. 163 Anm. 9 nicht verifizierbarer Belegangabe).

51 Vgl. dazu Genschers Rede in Tutzing am 31. Januar 1990, in: Der Bundesminister des Auswärtigen informiert. Mitteilung für die Presse Nr. 1026/90; Auszug in: Karl Kaiser (Hg.): Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1991, S. 190f. sowie Kristina Spohr: Precluded or Precedent Setting? The “NATO Enlargement Question” in the Triangular Bonn-Washington-Moscow Diplomacy of 1990–1991, in: *Journal of Cold War Studies* 14 (2012) 4, S. 4–54.

52 Amerikanische Irritationen über Kohls Entscheidung, den Bundestag noch einmal über die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen abstimmen zu lassen und nicht vor diesem Beschluss mit der Stationierung zu beginnen, waren nur von vorübergehender Natur, vgl. das Gespräch zwischen Genscher und Burns am 25. Juni 1983, in: AAPD 1983, Dok. 188, S. 980–982, sowie zwischen Kohl und Vizepräsident George Bush am selben Tag, in: AAPD 1983, Dok. 189, S. 985–987; vgl. dazu auch Schwarz: Kohl, S. 345–352.

vember mit 286 gegen 225 Stimmen „die Entscheidung der Bundesregierung, entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses fristgerecht den Beginn des Stationierungsprozesses einzuleiten.“ Tags darauf brach die sowjetische Seite die Genfer INF-Verhandlungen ab, und abermals drei Tage später trafen die ersten Teile der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland bzw. auf Sizilien ein.⁵³ Die Stationierung hatte begonnen.

IV. Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen der 1980er Jahre

Ein Jahr nach dem Beginn der Stationierung herrschte nachgerade Euphorie: „die Beziehungen zwischen den USA und uns [seien] selten so intensiv und selten so gut [gewesen] wie in den letzten Wochen“, stellte Helmut Kohl Ende 1984 befriedigt fest.⁵⁴ Zugleich war, obwohl die Sowjets die Genfer Verhandlungen abgebrochen hatten, eine neue Eiszeit im Ost-West-Verhältnis ausgeblieben. Vielmehr zeichneten sich Hoffnungen auf eine Neuaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen ab, während es Bonn gelungen war, die deutsch-deutschen Beziehungen aus den weltpolitischen Spannungen weitgehend herauszuhalten.

Mehr allerdings auch nicht. Eigene ostpolitische Initiativen unternahm die Regierung Kohl nicht, und noch 1987 erinnerte er alle, die in Euphorie über Gorbatschows Reformpolitik verfallen wollten daran, „mit wem wir es in Wahrheit zu tun haben“: mit der „Hauptmacht des Weltkommunismus“⁵⁵. Lange und sehr viel länger als Genscher⁵⁶ blieb er skeptisch gegenüber Gorbatschow und der Ernsthaftigkeit seiner Reformpolitik. Erst 1988/89, als westlicher Nachzügler, fand Kohl zu einem konstruktiveren Verhältnis zu Moskau. Ob das abendliche Gespräch mit Gorbatschow auf der Bank im Park des Kanzleramts im Juni 1989⁵⁷ einen Wendepunkt hin zu einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis darstellte, wie Kohl immer wieder berichtet hat, oder ob es sich dabei um eine eher stilisierte Erinnerung handelt – Ende 1989 jedenfalls, vor allem nach dem Zehn-Punkte-Programm, war das sowjetische Misstrauen gegenüber Kohl massiv, und auch Schewardnadses Kommunikation mit Genscher im Frühjahr 1990 reflektierte weiterwirkende Vorbehalte gegenüber dem

53 Vgl. Archiv der Gegenwart 53 (1983), S. 27112–27114, 27192–27198 (dort S. 27198 das Zitat aus der EntschlieÙung des Bundestages), 27200f. und 27213.

54 Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 248 (10. Dezember 1984).

55 Ebd., S. 545 (18. Juni 1987).

56 Vgl. Heumann: Genscher, S. 160f. und 182–188.

57 Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit.“ Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth. Berlin 1996, S. 43f.

deutschen Kanzler.⁵⁸ Kohls Sonderverhältnis zu Moskau etablierte sich erst nach der Wiedervereinigung.

Bis zur Wiedervereinigung war die Bonner, war insbesondere Kohls Außenpolitik ganz von der Westpolitik geprägt. Sie ruhte auf zwei Säulen: den transatlantischen Beziehungen und der Europapolitik mit der deutsch-französischen Kooperation im Zentrum. Historisch gesehen waren beide Pfeiler nicht immer symmetrisch ausgefallen. Kohl bemühte sich um eine Politik „nicht des Entweder-Oder, sondern des Sowohl-Als-auch“⁵⁹, und in den ersten Jahren der schwarz-gelben Koalition gelang dies auch. In Übereinstimmung mit Genscher fand Kohl ein vertrauensvolles Verhältnis zu Mitterrand und Paris. Und der *honeymoon* der deutsch-amerikanischen Beziehungen währte bis 1985. Auch gegenüber Reagans Projekt der Strategic Defense Initiative, die Westeuropa ein weiteres Mal von den amerikanischen Sicherheitsinteressen abzukoppeln drohte, übte Kohl abwartende Solidarität.⁶⁰

Auch Reagans Solidarität in den Auseinandersetzungen um den gemeinsamen Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg im Mai 1985⁶¹ wusste Kohl zu schätzen. Allerdings mischten sich in seine langen Darlegungen vor dem Bundesvorstand der CDU auch Irritationen über „Pannen“ auf amerikanischer Seite⁶², die im Laufe des Jahres zunahmen: „Deutsche Interessen sind nur gemeinsam zu vertreten, in enger Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten. Aber das heißt doch um Gottes Willen nicht, dass wir zu allem und jedem, was ein amerikanischer Minister gerade an Blähungen ablässt, und es sind zum Teil ja wirklich Blähungen, sofort ein lautes Beifallsgeschrei haben.“⁶³

Als die Verhandlungen der Supermächte über die beiderseitige Abrüstung der atomaren Mittelstreckenraketen 1986/87 zunehmend an Schwung gewannen, beobachtete Kohl diese Entwicklung mit einer „Mischung von Skepsis und wohlwollendem Optimismus“ – und der für ihn bis dato untypischen, fast schon an Helmut Schmidt erinnernden Einschätzung, dass „beide Weltmächte im Augenblick nicht unbedingt leicht zu berechnen“ seien.⁶⁴

58 Vgl. die Aufzeichnungen über die Gespräche Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und Gorbatschow am 5. Dezember 1989 sowie mit Schewardnadse im Mai und Juni 1990, in: *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90*. Hg. von Andreas Hilger. München 2011, Nr. 12–14, 27, 31, 32, und 34–38.

59 Kohl: *Berichte zur Lage 1982–1989*, S. 308 (18. Juni 1985).

60 Ebd., S. 310–313.

61 Vgl. dazu Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*. München 2006, S. 478–481.

62 Kohl: *Berichte zur Lage 1982–1989*, S. 287–294 (22. April 1985), Zitat S. 289.

63 Ebd., S. 350 (13./14. Oktober 1985), vgl. auch S. 352 und 395 (29. Januar 1986).

64 Ebd., S. 542 und 544 (18. Juni 1987).

In der nuklearen Sicherheitspolitik wurden Kohl und die Bundesregierung nach 1985 zu „Getriebene[n]“⁶⁵. Wenn Kohl vor dem Treffen Reagans und Gorbatschows in Reykjavik am 11. und 12. Oktober 1986⁶⁶ behauptete, die Bundesrepublik sei „intensiv in die Vorbereitungen [...] eingeschaltet“, er warte aber „keine umwerfenden Ergebnisse“ – dann stellte sich angesichts der Dramatik dieses Treffens, auch wenn die konkreten Ergebnisse in der Tat einstweilen ausblieben,⁶⁷ die Frage, wie „eingeschaltet“ die Bundesregierung wirklich war. In Wahrheit sah sich Bonn mit einem amerikanischen Unilateralismus konfrontiert, der die Bundesrepublik durch den vollständigen beiderseitigen Abbau der atomaren Mittelstreckenwaffen wieder vor ebenjenes militärstrategische Problem der „Sicherheitslücke“ stellte, das Schmidt 1977 moniert hatte.

Während Schmidt die Feinheiten der sicherheitstheoretischen Sophistik beherrschte und dabei möglicherweise überkomplex agierte, hatte sich Kohl mit der nuklearen Abschreckung pragmatisch abgefunden und ihre Logik bzw. ihre Aporien nicht weiter zur Diskussion gestellt, die Sir Humphrey Appleby in „Yes Prime Minister“ so unvergleichlich auf den Punkt brachte: „even though they probably certainly know that you probably wouldn't [use nuclear weapons], they don't certainly know that, although you probably wouldn't, there is no probability that you certainly would!“

Kohl hatte stattdessen auf die Devise „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ gesetzt. Dies aber führte Ende der 1980er Jahre erhebliche Probleme mit sich, als Rüstungskontrollpolitik und Militärstrategie abermals in Konflikt miteinander gerieten. Wie gesehen war schon das nukleare Sicherheitskonzept im NATO-Doppelbeschluss nicht widerspruchsfrei gewesen. Ende der 1980er Jahre aber gerieten seine Logik und seine politische Akzeptanz aus den Fugen, als sich im Gefolge des INF-Abkommens die Frage stellte, was nun mit den nuklearen Gefechtsfeldwaffen geschehen solle.⁶⁸ Das militärstrategische Interesse an der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des nuklearen Schutzes und der 1983 gefasste NATO-Beschluss zur Modernisierung der Kurzstreckenraketen kollidierten mit dem rüstungskontrollpolitischen Interesse an der „dritten Null“ und dem deutschlandpolitischen Anliegen, eine Singularisierung der atomaren Bedrohung Deutschlands zu verhindern. Darüber traten in Bonn zugleich erhebliche koalitionspolitische Spannungen zwischen Kohl und Gen-

65 Schwarz: Kohl, S. 439.

66 Vgl. dazu The National Security Archive, The Reykjavik File, <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB203/> (Abruf: 28. Januar 2014).

67 David Reynolds: *Summit. Six Meetings that Shaped the Twentieth Century*. London 2008, S. 359–363.

68 Vgl. dazu Dennis L. Bark/ David R. Gress: *A History of West Germany. Vol. II: Democracy and its Discontents 1963–1991*. 2. Aufl. Oxford 1993, S. 522f., 542–550 und 569–576; Gregor Schöllgen: *Deutsche Außenpolitik. Von 1945 bis zur Gegenwart*. München 2013, S. 216–220; Wirsching: *Abschied*, S. 563–572; Fröhlich: *Kanzler*, S. 177f.

scher auf, der auf den friedlichen Wandel innerhalb der Sowjetunion und ihres Machtbereichs und daher auf weitere Abrüstung setzte⁶⁹, während Kohl an einer basalen nuklearen Abschreckung festhalten wollte.

Mit der Kontroverse um die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen brach die alte Konfliktlinie zwischen Rüstungskontrolle und Militärstrategie wieder auf, die im NATO-Doppelbeschluss angelegt war. Kohls Muster seit 1982, deutsche „Interessen möglichst identisch mit den Interessen der Allianz zu machen“ funktionierte nicht mehr einfach. In der SNF-Kontroverse 1988/89 widersetzte sich die Bundesrepublik erstmals unter Kohl dem Automatismus der nuklearen Logik und den sicherheitspolitischen Anforderungen der Allianz. Die Auseinandersetzung warf grundsätzliche Fragen nach der Rolle Deutschlands im Bündnis und seiner internationalen Orientierung auf. Dabei entsprach es einem Muster, dass solche Fragen und Probleme von außen oftmals größer und grundsätzlicher wirkten als es der Substanz in der Bundesrepublik entsprach.

Dass die Entscheidung über die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen im Mai 1989 einstweilen vertagt wurde, ersparte dem westlichen Bündnis die Fortsetzung einer Kontroverse, die schließlich durch die osteuropäischen Revolutionen und die deutsche Wiedervereinigung obsolet wurde. Dafür stellten sich die Ende der 1980er Jahre angelegten Fragen nach der Position Deutschlands über Nacht in akuter Dringlichkeit, zusammen mit der Frage, wie die Staatenwelt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aussehen sollte.

In diesem Zusammenhang flammten Differenzen zwischen den Grundorientierungen der Westbindung und des Multilateralismus auf, als Genschers Ambitionen einer internationalen Ordnung auf den Grundlagen der KSZE mit dem amerikanischen Willen kollidierten, die NATO als zentrale Ordnungsinstanz auch nach dem Ende des Kalten Krieges beizubehalten.⁷⁰ Kohl schloss sich schließlich der amerikanischen Vorstellung an und setzte diese auch durch. Unter dieser Voraussetzung traten die transatlantischen Irritationen der späten 1980er Jahre wieder zurück, als es zum Schwur der Wiedervereinigung kam. Im entscheidenden Moment gelang es einmal mehr, die deutschen Interessen „möglichst identisch mit den Interessen der Allianz zu machen“, und die Bundesrepublik strich die Dividende für die Bündnisloyalität von 1983 ein, die Kohl auch von den anderen Bündnispartnern mit sanftem Nachdruck einforderte.

Zugleich hatten die transatlantischen Irritationen der späten 1980er Jahre den zweiten Pfeiler der deutschen Westpolitik in Bewegung gebracht: die Europapolitik. Nach altbekanntem Muster hatte Skepsis über die Verlässlichkeit

69 Vgl. Heumann: Genscher, S. 188–193.

70 Vgl. dazu Andreas Rödder: *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*. München 2009, S. 201f.; Mary Sarotte: 1989. *The Struggle to Create Post-Cold War Europe*. Princeton 2009, S. 120–129; Spohr: *Precluded or Precedent Setting?*

der amerikanischen Sicherheitsgarantie Bonn auf den Gedanken gebracht, Ausgleich in Paris zu suchen.⁷¹ „Ich persönlich bin heute mehr denn je überzeugt“, bekannte Kohl wenige Wochen nach dem Abschluss des INF-Vertrages, „dass die immer engere Zusammenarbeit mit Frankreich für uns bei der zum Teil dramatischen Entwicklung der Weltpolitik im Ost-West-Gegensatz von allergrößter Bedeutung ist.“⁷²

In diesen Wochen lancierte auch Hans-Dietrich Genscher sein Memorandum zugunsten einer europäischen Währungsunion⁷³, das die französischen Wünsche traf, eine Hand an die „deutsche Atombombe“⁷⁴ zu bekommen. Wenn sich Kohl und Genscher auf das Projekt einer Europäischen Währungsunion einließen, dann geschah dies aus der gemeinsamen grundsätzlichen Bereitschaft heraus, die deutsche Stärke in Europa einzubinden und so die Rolle eines „Primus“⁷⁵ zu vermeiden – insbesondere gegenüber Frankreich. Während sich Ende der 1980er Jahre die deutsch-französische Achse verstärkte, gingen die Wege Englands und Kontinentaleuropas auseinander. Mehr als die transatlantischen Beziehungen veränderten sich die europäischen Koordinaten, als der westeuropäische Integrationsschub und das Ende des Kalten Krieges zusammenflossen. Das aber ist eine andere Geschichte.

71 Dies betont sehr stark Schwarz: Kohl, S. 419–541.

72 Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989, S. 593 (vgl. auch S. 543, 18. Juni 1987).

73 Henry Krägenau/Wolfgang Wetter: Europäische Währungsunion. Vom Werner-Plan zum Vertrag von Maastricht. Analysen und Dokumentation. Baden-Baden 1993, Dok. 50, S. 309f.

74 Frédéric Bozo: Mitterrand, the End of the Cold War and German Unification. New York 2011, S. 53.

75 Kohl gegenüber dem amerikanischen Außenminister Shultz, 16. November 1982, in: AAPD 1982, Dok. 309, S. 1613.